



Freitag, 25. Februar 2022

Beziehung zur EU

## Bundesrat will kein «Rahmenabkommen 2.0»

Die Schweizer Regierung will den bilateralen Weg weiterführen. Ein neues Rahmenabkommen stehe nicht zur Debatte.

Nach monatelangen internen Diskussionen hat die Landesregierung am Freitag skizziert, wie sie in den Beziehungen mit der EU weitermachen will. Am Mittwochvormittag hatte sie eine Klausur zum Thema Europapolitik durchgeführt. Ziel ist es, ein neues Verhandlungspaket mit der EU zu verabschieden.



Bundesrat präsentiert neue Stossrichtung in der EU-Politik Aus Tagesschau vom 25.02.2022.

«Ein Rahmenabkommen 2.0 ist kein Thema. » sagt Ignazio Cassis, Bundespräsident.

Die ersten nun kommunizierten Eckwerte dieses Plans sind kein Paradigmenwechsel, sondern lehnen sich an Ideen an, die in den vergangenen Monaten immer wieder zu hören waren.

## **Sektorielle Regelung bevorzugt**

Beispielsweise will der Bundesrat – anders als beim gescheiterten Rahmenabkommen – Fragen wie die dynamische Rechtsübernahme, die Streitbeilegung sowie Ausnahmen und Schutzklauseln sektoriell regeln.

Das heisst, dass diese institutionellen Fragen in den einzelnen Binnenmarktverträgen verankert werden sollen. «Ein Rahmenabkommen 2.0 ist kein Thema», so Bundespräsident Ignazio Cassis an der Medienkonferenz. Der Bundesrat sei überzeugt, dass es im Interesse der EU und der Schweiz sei, den bilateralen Weg weiterzuführen.

Vonseiten der EU war bislang immer zu hören, dass ein solcher vertikaler – oder eben sektorieller – Ansatz keine Option ist. Trotzdem möchte der Bundesrat mit Brüssel sondieren, ob künftig darüber verhandelt werden könnte.

## **Kohäsionsmilliarde als Pfand**

Ein Vertrag, der institutionelle Fragen für alle bilateralen Abkommen integral klärt, ist für den Bundesrat «keine Option», wie er schreibt. Er möchte vielmehr die schon länger blockierten Abkommen, beispielsweise in den Bereichen Strom und Lebensmittelsicherheit, vorantreiben.



Cassis: «Der bilaterale Weg ist noch immer richtig» - Aus News-Clip vom 25.02.2022.

Zudem strebt er die volle Assoziierung der Schweiz in der Forschung, Gesundheit und Bildung an. In den vergangenen Monaten war der innenpolitische Druck auf den Bundesrat gestiegen, insbesondere den uneingeschränkten Zugang zum EU-Forschungsprogramm Horizon Europe sicherzustellen. Bisher stellte sich die EU quer, weil sie zuerst die institutionellen Fragen geklärt haben möchte.

Für den Bundesrat geht es nach eigenen Angaben darum, den bilateralen Weg mit der EU fortzusetzen, um weiterhin gute und geregelte Beziehungen zum Vorteil

beider Seiten zu unterhalten. Er stellt der EU in Aussicht, im Rahmen des Verhandlungspakets eine Verstärkung des Schweizer Kohäsions- und Migrationsbeitrags zu prüfen. Dies fordert Brüssel seit längerem.

### **Innenpolitisch Mehrheiten schaffen**

Mit diesen Eckwerten will die Schweizer Regierung als nächstes Sondierungsgespräche mit der EU aufnehmen. Parallel dazu werden die laufenden Arbeiten zu den bestehenden Regelungsunterschieden fortgeführt, wie der Bundesrat mitteilte.



Keller-Sutter: Reibungsfläche mit EU reduzieren - Aus News-Clip vom 25.02.2022.

Alt Staatssekretär Mario Gattiker soll dann in einem zweiten Schritt eine Analyse und Bewertung der ermittelten Spielräume vornehmen. Bereits in den nächsten Wochen sollen verschiedene Fragen «mit wichtigen innenpolitischen Akteuren» vertieft werden, wie der Bundesrat schreibt. «Das Ergebnis dient dem Bundesrat

Das Rahmenabkommen war insbesondere an innenpolitischen Widerständen gescheitert. Zu uneinig waren sich die Parteien in vielen strittigen Punkten. Daraus will der Bundesrat lernen – er hört sich unter anderem die Ideen und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft an.

Justizministerin Karin Keller-Sutter betonte, man wolle die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholen und einfach versuchen, die Leute an Bord zu holen. Die Gespräche mit den Kantonen und Sozialpartnern sollen ohne den Druck einer Verhandlung stattfinden.